

Niederschrift

über die 22. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 22. September 2011
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 16:30 Uhr

Unterbrechungen: keine

Anwesenheit: Soll: 43 Mitglieder der Stadtvertretung
Ist: 35 Mitglieder der Stadtvertretung
81,4 %

Entschuldigt fehlten: Ratsherr **Dachner** (SPD)
Ratsfrau **Fuchs** (DIE LINKE)
Ratsherr **Jeschke** (CDU)
Ratsherr **Münzberger** (SPD)
Ratsherr **Pissarek** (SPD)
Ratsherr **Sandmann** (fraktionslos)

Unentschuldigt fehlten: Ratsherr **Hohenstein** (CDU)
Ratsherr **Wiese** (CDU)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister
Herr **Walter**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter
Herr **Modemann**, 2. Stellvertreter

I. Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, eröffnet die 22. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

II. Einwohnerfragestunde

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, weist darauf hin, dass entsprechend der Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen.

Frau **Hagedorn**, Anwohnerin der Bachstraße, bezieht sich auf die Diskothek „Alter Schlachthof“. Den Anwohnern sei bekannt, dass diese demnächst evtl. weiter vermietet werden soll. Die Anwohner hätten in den letzten Jahren mit dem Diskothekenbetrieb „Alter Schlachthof“ keine guten Erfahrungen gemacht. Sämtliche Bewohner der Bachstraße seien des Öfteren durch die Lärmbelästigung der Besucher des Schlachthofes belästigt worden. Es gebe Schlägereien, es würden Schnapsflaschen durch die Gegend geschmissen und sehr viel Lärm verursacht. Die Bewohner der Bachstraße seien auch schon mit der Stadt in Kontakt getreten, jedoch habe es bisher keine Lösung gegeben. In Anbetracht der Neuvermietung wollen die Anwohner erneut auf dieses Problem aufmerksam machen, da es ihnen am Herzen liege, dass eine Lösung im Sinne der Anwohner gefunden wird.

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, erklärt, dass das Anliegen auch schriftlich in der Verwaltung eingegangen sei; die Antwort werde in den nächsten Tagen versandt.

Herr **Walter**, Beigeordneter, bestätigt, dass das Problem nicht unbekannt sei. Es sei schwierig, in dem Gebiet, wo Diskothek und auch Wohnen ist, eine geeignete Lösung zu finden. Der Betreiberwechsel sei vorgesehen und soll zum Oktober hin vollzogen werden. In der ersten Gesamtprüfung habe es keine grundsätzlichen Gründe gegeben, die gegen einen Betreiberwechsel sprechen. Natürlich habe der neue Betreiber die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Zukunft einzuhalten. Das werde auch kontrolliert und überwacht bzw. bei Hinweisen und Verstößen werde es auch von der Verwaltung durchgesetzt werden müssen. Es gibt aus Sicht der Verwaltung keine Möglichkeit, die Betreibung der Einrichtung völlig zu untersagen.

Frau **Hagedorn** möchte wissen, ob ein anderes Nutzungskonzept für das Gebäude möglich wäre. Es müsse auch daran gedacht werden, dass gegenüber Grundstücke liegen, die die Stadt verkaufen will und sie könne sich nicht vorstellen, dass sich jemand finden wird, der dort ein Eigenheim bauen würde.

Das Spannungsfeld sei der Stadt bekannt, antwortet Herr **Walter**. Die Stadt sei nicht Eigentümer der Einrichtung. Insofern habe sie auch keine Möglichkeit auf die Nutzung (Konzept) Einfluss zu nehmen.

Nichtsdestotrotz sei eine schriftliche Antwort zugesagt worden, stellt Ratsherr **Rühs** fest.

Frau **Kampe**, Bewohnerin der Bachstraße, schließt sich den Worten von Frau Hagedorn an. Die Anwohnerschaft halte eine weitere Konzessionierung einer Einrichtung für eine Großraumdisco an diesem Standort für unververtretbar. Sie habe dazu einige Ausführungen verfasst, diese würden jedoch den Rahmen der Sitzung sprengen. Daher stellt sie diese der Verwaltung schriftlich zur Verfügung.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) meint, dass die Antworten sicher für die Anwohner nicht zufriedenstellend seien. Er sei Bewohner der Seestraße und höre den Lärm bis dorthin. Und wenn man dort in der Nähe wohnt, halte er es für fast an der Grenze des Wahnsinns. Er habe auch keine Lösung und wisse nicht, wie man das durch Maßnahmen einschränken könnte. Aber es müsse mehr gemacht werden.

Ratsherr **Rühs** gibt den Hinweis, dass Beifallsbekundungen entsprechend Geschäftsordnung nicht erlaubt sind.

Ratsherr **Schulz** (fraktionslos) habe in der Nähe der Diskothek seine Werkstatt und ebenfalls mit dem Vandalismus zu kämpfen. Der Bebauungsplan für dieses Gebiet sollte noch mal in die Hand genommen werden. Es gebe den Entwurf eines Bebauungsplanes, der jedoch nie verabschiedet wurde. Alles, was bisher dort gebaut wurde, sei zwar an den Inhalt dieses Bebauungsplanes angelegt, jedoch sei dieser nie von der Stadtvertretung verabschiedet worden. Er bittet, dies noch mal zu prüfen.

Herr **Dr. Krüger** wiederholt, dass die Verwaltung nur begrenzte Möglichkeiten habe, dagegen etwas zu tun. Die zulässigen Immissionswerte werden nach Erkenntnis der Verwaltung nicht überschritten. Das sei mehrfach überprüft worden. In Einzelfällen sei das in der Vergangenheit passiert, dazu seien dann jedoch entsprechende Maßnahmen durch die Stadt eingeleitet worden. Allerdings könne nicht grundsätzlich etwas versagt werden, was über Jahre betrieben wurde. Er habe Verständnis für die Anwohner, dennoch habe die Stadt keine Möglichkeit etwas zu machen.

Es gibt für dieses Gebiet keinen Bebauungsplan. Selbst, wenn jetzt einer beschlossen und etwas verändert werden würde, würde sofort dagegen geklagt werden. Die Stadt habe rechtlich aus jetziger Sicht keine Chance, etwas zu tun. Wenn die Anwohner Lösungen hätten, die die Verwaltung jetzt vielleicht nicht sieht, biete Herr Dr. Krüger Gespräche an.

Herr **Walter** ergänzt, dass die Verwaltung Kontakt mit dem bisherigen Betreiber hatte und sich mit diesen Fragen ausgiebig auseinander gesetzt wurde. Es seien Einschränkungen für die Betreibung der Einrichtung vorgenommen worden, was letztendlich vor Gericht gelandet sei. Die Stadt habe zwar obsiegt, d.h. es gebe schon eine Einschränkung. Das sei aber das, was ausgeschöpft werden konnte. Weiteres werde wahrscheinlich nicht gelingen. Das sei der Rahmen, der ausgeschöpft werden konnte und der vor Gericht ausgeurteilt wurde.

Ratsherr **Rühs** (CDU) verweist darauf, dass es zwar keinen B-Plan, aber einen V+E-Plan gibt, der sich genau mit diesem Gebiet beschäftigt. Er bittet dies zu prüfen.

III. Feststellung der Beschlussfähigkeit

- **Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung**
- **Feststellung der Anwesenheit**

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, stellt die ordnungsmäßige Einladung fest (Postausgang 14. September 2011).

Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben (vgl. Anlage 1).

IV. Beschluss über die Niederschrift der 20. Sitzung der Stadtvertretung am 11. August 2011 und der 21. Sitzung der Stadtvertretung am 29. August 2011.

Abstimmung über die Niederschrift der 20. Sitzung: Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

Abstimmung über die Niederschrift der 21. Sitzung: Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

V. Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

DS V/563 Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) bezieht sich auf Seite 3, Punkt 2.4.1 (Projektarbeit zur Kriminalitätsvorbeugung). Nach diesem Bericht sei die Kriminalität in Neubrandenburg zurückgegangen. Sie sei der Meinung, dass das nicht korrekt sein könne, da es in letzter Zeit so viele Delikte gibt.

Frage:

Ist es möglich, konkrete Zahlen zu bekommen?

Herr **Modemann**, Leiter Fachbereich 3, informiert, dass es sich um statistisch erhobene Zahlen des Landes handelt. Der Landesinnenminister erhebe die Kriminalitätsstatistik, diese werde veröffentlicht und die Verwaltung verarbeite das, was für Neubrandenburg gemeldet sei.

Die Bürger nehmen die Delikte über die Zeitung wahr, jedoch bekommen sie die Aufklärungsquote, in der Neubrandenburg im Land Spitze sei, nicht mit. Er werde prüfen, ob es verwertbare Zahlen für die Stadtvertreter gibt.

Ratsfrau **Bittkau** bittet um die Statistik, die das Land für Neubrandenburg erhoben hat.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

VI. Informationen, Mitteilungen und Anfragen (öffentlich)

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) bezieht sich auf eine Information in der Woche vor dem 4. September, dass eine Zielvereinbarung zwischen den Altlandkreisen und der Stadt Neubrandenburg zur Regelung von offenen Vermögens- und Finanzierungsfragen nicht getroffen wurde (Stichwort Schulbereich). Dazu habe es einen Presseartikel gegeben, wo es nach zwei Tagen hieß, dass es eine Regelung gibt.

Frage:

Was war Montag in der Sitzung los, dass vonseiten des Landkreises die Stadt Neubrandenburg in so einer offenen Situation gelassen wurde?

Das finde er nicht fair, abgesehen davon, dass auch der Leiter des SIM in einer schwierigen Leitungsposition war, dass er Montag Dinge regeln musste, die nicht geregelt waren, auch nicht durch das Umland. Nach seiner Kenntnis hatte die Stadt Neubrandenburg die Verträge monatelang vorher entsandt, die dann ohne Rückmeldung Montag nicht besprochen und nicht bestätigt wurden. So könne nicht mit der Stadt Neubrandenburg umgegangen werden.

Es gebe eine ganze Reihe von Fragen, die noch nicht abschließend geklärt sind, antwortet Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, z. B., wie die Bewirtschaftung der Objekte vorzunehmen ist, die im Zuge der Landkreisneuordnung an den Kreis übergehen, und zwar unmittelbar nach dem 4. September, insbesondere die Schulen und Schulsporthallen. Dort habe es im Zuge der unmittelbaren Übergabe das Problem gegeben, dass es im Kreis Irritationen über die Höhe der Kosten, die auf den Kreis zulaufen, wenn die Stadt die Bewirtschaftung vorläufig weiterführt, gab. Daraufhin sei gesagt worden „dann machen wir das selber“, so sei es Herrn Dr. Krüger zugetragen worden. Dann sei jedoch festgestellt worden, dass es weder Personal noch Möglichkeiten dazu gibt und man habe sich durchgerungen, sehr kurzfristig entsprechende Bewirtschaftungsverträge mit der Stadt abzuschließen. Es habe mündlich eine sehr schnelle Einigung gegeben, dass die Stadt die Bewirtschaftung im Auftrag des Landkreises mindestens bis zum 31. Juli 2012 vornimmt und der Landkreis das entsprechend vergütet. Die Verträge seien zurzeit in Vorbereitung, zumindest sei der Schulbetrieb dadurch nicht gefährdet. Bezüglich der Aufgaben, die an den Kreis übergegangen sind, sei ein Rahmenvertrag abgeschlossen worden, der durch Einzelverträge zu untersetzen ist. Die Vermögensauseinandersetzung werde noch eine ganze Zeit dauern und erst Ende nächsten Jahres abgeschlossen.

Ratsherr **Jaschinski** (DIE LINKE) bezieht sich auf die Beschlussfassung zum Sportplatz „Stargarder Bruch“. Es sei derzeit noch nicht viel passiert, aber die Stadt plane, schon in diesem Jahr die Ausgleichsmaßnahmen in den Tollensewiesen durchzuführen.

Frage: Ist es wirklich notwendig?

Zum Einen, weil die Tollensewiesen in diesem Jahr schon genug verwässert sind und damit die Befahrbarkeit und Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen in Frage gestellt werden kann.

Würde es (unter Berücksichtigung der Haushaltsmittel) nicht reichen, wenn die Ausgleichsmaßnahmen nach Fertigstellung des Sportanlagenbaus durchgeführt werden?

Herr **Dr. Krüger** sagt eine schriftliche Beantwortung der Frage zu.

Die Anfrage erhält die Drucksachenummer **V/571**.

Ratsherr **Richter** (DIE LINKE) verweist auf die Einbrüche in Gartenanlagen. Ziel der Diebe seien Kabel jeglicher Art und Metallteile. Er habe den Eindruck, dass die Polizei damit etwas überfordert sei. Ratsherr Richter habe heute den ganzen Tag versucht, Kontakt mit den Behördenleitern aufzunehmen, um darüber zu sprechen, das sei ihm nicht gelungen. Auch hätten die Kleingärtner teilweise den Eindruck, dass sie nicht ernst genommen werden, da die Telefonnummern auf den Karten mit den jeweiligen Vorgangsnummern teilweise nicht funktionieren.

Fragen:

- Was können wir tun?
- Wie viel Einfluss hat die Stadt auf die Polizeiarbeit?
- Was können wir tun, um dem entgegen zu wirken?

Herr **Modemann**, Leiter Fachbereich 3, informiert, dass in der nächsten Woche die Vorstandssitzung zum Präventionsrat tage. Dort sei auch die Polizei vertreten. Er werde das Thema ansprechen und darauf hinweisen, dass über die Erreichbarkeiten/Zuständigkeiten in der Presse informiert wird.

Im nächsten Bericht des Oberbürgermeisters werde dann dazu informiert.

Im Zusammenhang mit beiden Wahlen hätten mehrere der Fraktionsmitglieder der Fraktion DIE LINKE Anrufe/Kontakte/Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern aufgenommen, dass diese die Briefwahlunterlagen nicht rechtzeitig bekommen haben, informiert Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE).

Die Fraktion sei informiert worden, dass aus den Unterlagen ersichtlich war, dass die Briefwahlunterlagen rechtzeitig vom Rathaus versandt wurden, aber der Versand selber etwas lange gedauert habe.

Fragen:

- Hat das Rathaus den richtigen Postdienst genutzt?
- Wird es dazu Auswertungen geben?
- Wie waren die Wege?

Außerdem hätten sich mehrere ältere Bürgerinnen und Bürger geäußert, dass die Wartezeiten oft groß waren und es nicht genug Sitzgelegenheiten gab. Sie bittet, die Kritik mitzunehmen, um bei nächsten Wahlen bessere Bedingungen für Wählerinnen und Wähler zu schaffen, die warten müssen.

Auch habe die Fraktion DIE LINKE Informationen darüber erhalten, dass bei Bürgerinnen und Bürgern, denen bei der Wahl aufgrund von Behinderung geholfen werden musste, die Hilfe so laut war, dass alle Anwesenden im Wahlraum hören konnten, wie gewählt wurde. Sie bittet, dem nachzugehen und zu prüfen, ob die Bedingungen nicht zukünftig verändert werden können.

Bezüglich des Postdienstes bittet sie darum, dass die Stadtvertreter informiert werden, wie die Auswertung dazu aussieht.

Zur Briefwahl bestätigt Herr **Modemann**, dass die Verwaltung ebenfalls sehr viele Rückmeldungen, speziell zur Stichwahl, erhalten habe, dass die Briefwahlunterlagen sehr spät zugegangen sind. Der Versand der Briefwahlunterlagen zur Stichwahl sei frühestens am Donnerstag ab 17:00 Uhr möglich gewesen, weil dann erst der Wahlausschuss bestätigt hat, wer in die Stichwahl kommt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Verwaltung die Unterlagen vorbereitet und die ca. 7.000 Briefumschläge bestückt, die um ca. 17:00 Uhr bereit lagen.

Der „Nordkurier“ hatte den Auftrag zur Versendung und Verteilung und habe die Unterlagen noch am Abend abgeholt, damit diese auf die Zusteller verteilt werden konnten. Gerade in der Neustrelitzer Straße sei sehr viel erst sehr spät angekommen. Das habe die Verwaltung sofort moniert.

Der Hinweis, dass zu laut bei der Hilfestellung gesprochen wurde, wäre am Tag der Wahl hilfreich

gewesen, um es zu verhindern. Aber er nehme diesen Hinweis mit auf.

Bezüglich der Sitzgelegenheiten sei zu sagen, dass es zu bestimmten Zeiten einen unheimlichen „run“ bei Wahlen gebe. Es können nicht für alle Wähler Sitzgelegenheiten sichergestellt werden. Die Wartezeiten seien besonders dem Umstand geschuldet, dass drei Wahlen und eine Abstimmung zu tätigen waren, was mehr Zeit in Anspruch genommen habe.

Ratsherr **Bretschneider** (SPD) informiert, dass in der vergangenen Woche an der Gesamtschule Vier Tore eine Delegation aus der Partnerstadt Gladsaxe verweilte. Er übermittelt den Dank der dänischen Betreuer, insbesondere an Herrn Rühls und an Frau Lippold, die maßgeblich mit unterstützt haben, dass dieser Schüleraustausch stattfand. Der Schüleraustausch sei der Beginn einer weiteren Partnerschaft, der in den nächsten Monaten weiter vollzogen wird, sodass mit weiteren Besuchen und Gegenbesuchen in den nächsten Schuljahren zu rechnen sei.

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) bezieht sich auf den Stadtanzeiger vom September mit dem Straßenverzeichnis zu den Reinigungsklassen.

Hier sei der Datzeberg mit zwei Straßen mit einer Klassifizierung zugeordnet worden.

Frage: Wer ist zuständig im Winter für die anderen Straßen? Sind das die Vermieter der Häuser? Ihr sei aufgefallen, dass im letzten Winter mit starkem Schneefall viele Autos in den Nebenstraßen des Datzeberges stecken geblieben sind. Das schafften auch kleine Schneeschieber nicht.

Weiter dankt sie dem SIM, das Ihrer Bitte hinsichtlich des Entfernens des Bauwagens, der zwischen Nordpark 3 und 2 stand, nachgekommen und der Müll vor den alten Garagen im Reitbahnweg an den Bahnschienen entfernt wurde.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachenummer **V/572**.

Ratsherr **Schwanke** (CDU) nimmt Bezug auf die Anfrage von Ratsherrn Richter. Auch hier sei ihm die Antwort der Verwaltung zu schwach. Es gebe eine neue Polizeistruktur und einen neuen Polizeipräsidenten. Im Interesse der Bürger und der Einbrüche sollte mehr gefordert werden. Die Polizei werde vom Staat bezahlt und somit von den Steuergeldern der Bürger, also haben diese auch das Recht, das Gefühl zu haben, dass sich darum gekümmert wird. Er erwarte sichtbare Konsequenzen und Maßnahmen die etwas einschränken, denn sonst führe es ins Uferlose.

Herr **Modemann** betont, dass in der Regel der Leiter der Polizeiinspektion zum Präventionsrat komme. Er werde das Anliegen dort vortragen, jedoch könne er die Polizei nicht anweisen. Es werde vehement eine Verbesserung gefordert, wenn dies nicht zur Verbesserung beiträgt, müsse sich die Verwaltung im Zweifel brieflich höher bemerkbar machen. Allerdings sei es auch nicht schlecht, wenn das die Bevölkerung tut.

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühls**, übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Stadtpräsidentin, Ratsfrau **Klopsch**.

Ratsherr **Rühls** (CDU) stellt folgende **Anfrage:** Inwieweit sieht sich die Stadt Neubrandenburg in der Lage eine Regelung einzuführen, die zu einer Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen in Privathaushalten, welche Zugang ins Freie haben, führt?

Das diene nach seiner Ansicht nicht nur der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit (er erinnere an die Not der zahlreichen freilebenden Katzen). Hintergrund seiner Frage sei die Tatsache, dass es entsprechende Regelungen in mindestens 27 Städten in Deutschland gibt.

Herr **Dr. Krüger** informiert, dass seit Jahren Katzen, die eingefangen werden, kastriert werden und die Stadt die Kosten übernimmt (Haushaltsstelle „Tierarztkosten“). Die Stadt habe ein massives Interesse, dass alle Katzen, die im Tierheim aufgefangen werden, kastriert werden. Bei Katzen, die sich in Privathaushalten befinden, habe die Stadt nur sehr begrenzt, wenn überhaupt, Einfluss, dort entsprechendes Vorgehen zu praktizieren. Es werde geprüft, inwieweit es Regelungen in anderen Städten gibt.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet und erhält die Drucksachenummer **V/573**.

Ratsfrau **Klopsch** übergibt die Sitzungsleitung wieder an den Stadtpräsidenten, Ratsherrn **Rühs**.

Herr **Dr. Krüger** informiert bezüglich der Aufstellung des Haushaltes 2012: Es sei versucht worden, relativ zügig in diesem Jahr einen Haushalt aufzustellen. Es müsse aber festgestellt werden, dass aufgrund enormer Unzulänglichkeiten und Fragen, die noch nicht geklärt sind im Zusammenhang mit der Landkreisneuordnung, die Verwaltung vor erheblichen Problemen gestellt wird.

Die Verwaltung habe die Absicht, eine deutliche Reduzierung des strukturellen Defizits vorzunehmen und auch die hohen Plan/Ist-Abweichungen der vergangenen Jahre zumindest zu reduzieren. Es bestehe aber erheblicher Klärungsbedarf bezüglich der Auswirkungen der Kreisgebietsreform, insbesondere auch bezüglich der Höhe bestimmter Leistungen, die durch den Kreis gewährt werden, von denen noch nicht bekannt ist, wie hoch der Kreis „einsteigt“. Auch gebe es noch Zulässigkeitsklärungen, dann freiwillige Leistungen noch zusätzlich zu fördern, was nicht so ganz einfach sei im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung. Des Weiteren gehe es auch um gravierende Fragen, wie die Berechnung der Kreisumlage, wofür es noch keine „handfesten“ Unterlagen gibt, oder auch die Höhe der Schlüsselzuweisungen.

Deshalb sei entschieden worden, den Haushaltsentwurf in 1. Lesung erst am 15.12.2011 der Stadtvertretung vorzulegen. Damit verschiebe sich die 2. Lesung auf den 09.02.2012.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) meint, dass es sehr ungünstig sei, dass es zwischen der 1. und 2. Lesung immer nur eine Ausschusswoche gibt. Es habe sich gezeigt, dass der Haushalt in den Ausschüssen vorgestellt wird und die Fragen erst anschließend kommen bzw. die Fragen kommen und teilweise nicht beantwortet werden können.

Er schlägt vor, die 2. Lesung so zu legen, dass wenigstens zwei Mal die Fachausschüsse tagen können.

Die Anzahl der Ausschusssitzungen obliege letztlich der Entscheidung durch die Stadtvertretung, erklärt Herr **Dr. Krüger**. Es sei den Stadtvertretern unbenommen, mehrfach zu tagen. Die Frage sei, ob der Zeitraum vom 15.12.2011 bis 09.02.2012 dafür ausreichend ist. Aufgrund der Komplexität des Haushaltes müsse sich mehrfach damit beschäftigt werden, dem stimme Herr Dr. Krüger zu. Die Frage sei, ob der Termin der 2. Lesung noch weiter nach hinten geschoben werden soll.

Er schlägt vor, zunächst bei dieser Terminkette zu bleiben und wenn nötig später die Entscheidung zu treffen, die 2. Lesung um eine Sitzung nach hinten zu verschieben.

Ratsfrau **Muth** möchte wissen, wann der Haushalt als Papier vorliegen wird, wenn die 1. Lesung am 15.12.11 sein soll.

Herr **Dr. Krüger** weise schon jetzt darauf hin, dass der Haushalt in Stufen vorgelegt wird. Ziel sollte sein, den Haushalt um den 20.11.2011 vorzulegen.

VII. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur übergebenen Einladung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderungen:

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, bittet ein Änderungsblatt nachzutragen zum

TOP 3 V/520 Änderung Hundesteuersatzung

Weiter wird für den Tagesordnungspunkt 12

**V/545 Kapitalentnahme bei der Neubrandenburger
Stadtwerke GmbH (neu.sw)**

Rederecht für den Geschäftsführer, Herrn **Hanson** und den Hauptabteilungsleiter Finanzen, Herrn **Karn** beantragt.

Außerdem schlägt er vor, die Tagesordnungspunkte **4, 5 und 6** (Bebauungsplan Nr. 37 „An der Tollense“ sowie Durchführungsvertrag) in verbundener Aussprache zu behandeln und informiert, dass Ratsherr **Komning** (fraktionslos) zu diesen Tagesordnungspunkten Mitwirkungsverbot angezeigt hat.

Abstimmung über das Rederecht: Das Rederecht wird mehrheitlich bestätigt.

Abstimmung über die Tagesordnung: Die so geänderte Tagesordnung wird mehrheitlich bestätigt.

VIII. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

**TOP 1 V/560 Änderung des Beschlusses 19/02/09 Besetzung des Aufsichtsrates der
Stadtwirtschaft Neubrandenburg GmbH (SWN)
Einreicher: CDU Fraktion**

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 319/22/11

**TOP 2 V/522 Informationsvorlage
Stand der Umsetzung des Konzeptes zur Einführung des Neuen Kommun-
alen Haushalts- und Rechnungswesens MV (NKHR-MV) in der Stadt
Neubrandenburg (Vorlage DB OB 14/2007/1.10 vom 31.01.07)
Einreicher: Oberbürgermeister**

Votum:

Finanzausschuss: zur Kenntnis genommen

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

**TOP 3 V/520 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hunde-
1. Lesung steuer der Stadt Neubrandenburg
1 Änderungs- Einreicher: Oberbürgermeister
blatt**

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) äußert in Verbindung mit Seite 3 der Vorlage folgende Bitte: Ihr sei aufgefallen, dass es viele Unklarheiten bei den Bürgern gibt, warum die Hundesteuer erhöht werden muss. Sie wissen nicht, dass die Stadt durch das sogenannte Erlassen der Haushaltssatzung durch das Innenministerium dazu gezwungen ist. Auch sollten Zahlen, wie viele Kontrollen durch das Ordnungsamt durchgeführt werden, wie viele Hundehalter ihren Hund angemeldet haben und wie viele ohne Hundemarke angetroffen wurden,

in die Presse gegeben werden. Es sollten mehr Informationen herausgegeben werden, damit es nicht zu solchen Unklarheiten kommt.

Auch sei sie gefragt worden, ob Hartz IV – Empfänger die Hundesteuer gar nicht bezahlen müssen. Die Stadt habe eine Informationspflicht, um die Bürger mehr aufzuklären.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) meint, dass über die Informationen hinaus systematisch Kontrolldruck in der Stadt ausgeübt werden müsste, nicht flächendeckend jeden Tag.

Aber der Bürger müsse wissen, dass Kontrollen stattfinden.

Die SPD sei nicht dafür, dass über Steuererhöhungen reguliert wird, um den Haushalt zu sanieren. Es müsse auch die Effizienz der Verwaltung gesteigert und die eigenen Satzungen gepflegt werden, auch durch Kontrollen.

Für Ratsherrn **Kowalick** (DIE LINKE) seien die Leidtragenden die, die ihre Hunde ordnungsgemäß anmelden. Er sehe ein, dass Einnahmeverbesserungen sind. Aber hier gehe es eindeutig nur um Einnahmeverbesserungen für die Stadt.

Frage:

Warum wird wieder ein Unterschied zwischen dem ersten und den zweiten Hund gemacht?

Die Frage sei auch, was für die Hundehalter getan wird. Es gibt teilweise kaum Möglichkeiten, den Hundekot zu entsorgen. Es können nicht nur die Hundehalter zur Kasse gebeten und alles beim Alten belassen werden, denn dann gibt es großen Unmut bei den „ordentlichen“ Hundebesitzern.

Herr **Modemann**, Leiter Fachbereich 3, informiert, dass Großkontrollen durch das Ordnungsamt gemeinsam mit der Polizei durchgeführt werden. Aber es werden auch ganz normale Kontrollen durchgeführt, die Mitarbeiter des Ordnungsamtes im Außendienst kontrollieren auch, ob die Steuermarken vorhanden sind. Er werde noch einmal darauf hinweisen, dass Kontrollen verstärkt durchgeführt werden müssen.

Die Vorlage wird in die Ausschüsse verwiesen.

Die Tagesordnungspunkte 4, 5 und 6 werden in verbundener Aussprache behandelt.

Ratsherr **Komning** (fraktionslos) verlässt auf Grund des angezeigten Mitwirkungsverbot für die Tagesordnungspunkte 4, 5 und 6 den Abstimmungsraum.

TOP 4 **V/542** Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 37
"An der Tollense"
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Betriebsausschuss: einstimmig dafür

Ratsherr **Weigel** (DIE LINKE) bezieht sich auf die Diskussion im Stadtentwicklungsausschuss und das Änderungsblatt zur Drucksache V/518. Er bedankt sich, dass das Mögliche, was an Änderungen durchzuführen war, auch durchgeführt wurde. Das sei ein Zeichen einer guten Zusammenarbeit mit der Verwaltung.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 320/22/11

- TOP 5** **V/517** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 37 "An der Tollense"
hier: Beschluss über die Stellungnahmen (Abwägungsbeschluss)
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Betriebsausschuss: einstimmig dafür
Stadtentwicklungsausschuss: 7 Dafürstimmen
Umweltausschuss: 9 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 321/22/11

- TOP 6** **V/518** Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 37 "An der Tollense"
1 Änderungs- hier: Satzungsbeschluss
blatt Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungsausschuss: 7 Dafürstimmen
Umweltausschuss: 9 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 34 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Beschlusnummer: 322/22/11

- TOP 7** **V/528** Bebauungsplan Nr. 107 "Juri-Gagarin-Ring/Kopernikusstraße"
hier: Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungsausschuss: 7 Dafürstimmen
Umweltausschuss: 8 Dafürstimmen und 1 Gegenstimme

Ratsherr **Schneider** (fraktionslos) weist darauf hin, dass bei der Anfrage im Umweltausschuss festgestellt werden musste, dass es innerhalb dieses Aufstellungsbeschlusses Planungen zu Kfz-Stellplätzen gibt und Planungen zur Gehwegbebauung, aber keine Planung zum Radwegenetz. Er habe keine Antwort von der Verwaltung erhalten, warum dies nicht als mögliche Weiterführung von Radwegen, die auch schon bestehen, aufgenommen wurde und in der Planung Berücksichtigung gefunden habe. Er bittet, dies als Anregung für die weitere Planung mitzunehmen.

Ratsherr **Bretschneider** (SPD) bezieht sich auf Seite 26, Punkt 7.10.1 – Dächer. Dort werde sehr stark reglementiert, was die Dachneigung bis hin zur Dachfarbe betrifft.

Frage:

Ist das wirklich erforderlich, derartige Einschränkungen vorzunehmen? Besser wäre, wenn ein größerer Gestaltungsspielraum offen gelassen wird. Er bittet, das bei der Überarbeitung zu überdenken.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 323/22/11

TOP 8 **V/538** Einfacher Bebauungsplan Nr. 74.3 "Alte Brauerei"
 hier: 2. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
 Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungsausschuss: 7 Dafürstimmen
 Umweltausschuss: 8 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung

Bei dieser Vorlage handle es sich um ein relativ besonderes Gebiet in der Stadt Neubrandenburg, was die Stadt seit annähernd 20 Jahren auf vielfältigster Art und Weise beschäftigt, erinnert Ratsherr **Nötzel** (fraktionslos). Ihn verwundere, dass nach allen planerischen Möglichkeiten, die es in den letzten 20 Jahren an dieser Stelle gab, nun ein Einkaufsmarkt entsteht. Der ursprüngliche Investor habe an dieser Stelle in erheblichem Maße das Grundbild dieses Industriekomplexes „Alte Brauerei“, auch mit eigenem Verschulden, verändert und damit sei überhaupt erst möglich geworden, dass dort bebaut wird.

Fragen:

- Ist eine Bebauung an dieser Stelle mit einem Einkaufszentrum wirklich notwendig?
- Ist das in jedem Falle geplant worden?

Er sehe das im Kontext mit einer Begründung, die zu einer Vorlage gegeben wurde, die sich um ein Bauvorhaben in etwa 1000 Meter weiter nördlich vor ca. 2 Jahren drehte. Dort sollte auch ein einfaches Einkaufszentrum gebaut werden. Dies sei abgelehnt worden, weil angeblich in diesem Gebiet kein Bedarf mehr besteht.

Ihn habe nun verwundert, dass die Ausschussmitglieder sagen, dass das so in Ordnung sei.

Ratsherr Nötzel werde sich gegen dieses Vorhaben aussprechen.

Ratsherr **Schneider** (fraktionslos) weist darauf hin, dass es auf Seite 5 Altlastenverdachtsflächenregistrierungen gibt, die seines Erachtens auch im Umweltausschuss nicht so detailliert behandelt werden konnten, dass Bedenken ausgeräumt werden konnten. Deshalb sei es auch zu seiner Stimmenthaltung gekommen.

Der Investor habe dort durchaus auch schon mal sehr eigenmächtig gehandelt und Ratsherr Schneider sei sich nicht sicher, wie der Umgang mit diesen Altlasten und auch mit Brunnen, die dort noch aktiv sein sollen, in Zukunft aussehen soll.

Ihm wäre wichtig, dass das zumindest im Auge behalten wird.

Natürlich habe die Verwaltung geprüft, ob dieses Vorhaben zu verhindern ist, erklärt Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister. In diesem Fall sei es nach Prüfung durch die zuständigen Ämter nicht zu verhindern gewesen. Es sei eine andere Situation als das in Rede stehende Objekt (andere Gesamtsituation von der Lage und B-Plan, der Bebauung ausgeschlossen hat).

Sollten sich Altlasten auf dem Grundstück befinden, dann sei das die Sache des Eigentümers bzw. des Bauherren, das dann entsprechend zu berücksichtigen und damit umzugehen. Die Verwaltung müsse aufpassen, dass alle rechtlichen Vorgaben in diesem Zusammenhang einzuhalten sind.

Herr **Walter**, Beigeordneter, ergänzt, dass der B-Plan letztendlich dazu dienen soll, keine weiteren Einzelhandelseinrichtungen dort zuzulassen als die, die bereits zugelassen werden musste. Das sei dann auch über das Einzelhandelskonzept untersetzt, sodass diese Sicherheit mit eingebaut werden soll und kein weiterer Einzelhandel zugelassen wird.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 324/22/11

TOP 9 **V/536** Beendigung der Mitgliedschaft der Stadt Neubrandenburg in dem e. V. "Gesellschaft der Förderer der Universität Rostock" sowie in dem e. V. "Gesellschaft von Freunden und Förderern der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald"
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Finanzausschuss: 7 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 325/22/11

Günter Rühls
Stadtpräsident

Renate Klopsch
stellvertretende Stadtpräsidentin

Marion Lippold
Protokollantin